

Dr. Hans Joachim Geisler



Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Vor 40 Jahren, am 18. November 1970, einem Buß- und Betttag, wurde der Bund Freiheit der Wissenschaft in Bonn - Bad Godesberg gegründet. Daran wollen wir mit einer Veranstaltung am 17. November 2010, dem diesjährigen Bußtag, in St. Augustin bei Bonn erinnern. Sie wird in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung stattfinden. Über das Programm werden wir Sie noch unterrichten; vielleicht können Sie den Termin jetzt schon vormerken. In begrenzter Auflage, vor allem für Bibliotheken, soll aus diesem Anlaß eine Fortsetzung der 2001 erschienenen Broschüre „Notizen zur Geschichte des Bundes Freiheit der Wissenschaft (1970 bis 2000)“ für die Jahre 2001 bis 2010 hergestellt werden. Inzwischen ist ja die Geschichte des BFW auch zum Gegenstand historischer Forschung geworden, der unser großes Archiv bei der Hoover Institution on War, Revolution and Peace an der Stanford University dient.

In der Schulpolitik ist der BFW auch 2010 erfolgreich an der Arbeit von zwei Organisationen - gemeinsam vor allem mit großen Lehrerverbänden - beteiligt, dem „Aktionsbündnis Schule“ in Nordrhein-Westfalen und dem „Aktionsbündnis gegliedertes Schulwesen“ Berlin/Brandenburg, an dessen Gründung wir beteiligt waren. Das Aktionsbündnis Berlin/Brandenburg hat zusammen mit dem „CDU Forum Schule und berufliche Bildung“ am 14. Juni 2010 eine Veranstaltung „Verantwortung oder Träumerei in der Schulpolitik“ zu den Themen „Gegliedertes Schulwesen – Einheitschule - Grundschule vier Jahre - längere gemeinsame

Schulzeit“ durchgeführt. Referent war Professor Dr. Fritz-Diedrich Neumann, der Allgemeine Pädagogik an der Universität Lüneburg lehrt. Die Veranstaltung wurde von Sascha Steuer, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Forums, und dem Regionalbeauftragten des Bundes Freiheit der Wissenschaft für Berlin und Brandenburg, Oberschulrat Gerhard Schmid, geleitet (er ist seit Ende Juni 2010 im Ruhestand). Es war die erste Veranstaltung im Vortragsaal der neuen Landesgeschäftsstelle der CDU Berlin. Das brillante Referat begann mit der Feststellung, daß Ergebnisse der Begabungsforschung, die unterschiedliche geistige Begabungen feststellt, anders als körperliche Unterschiede sozial nicht akzeptiert werden. Sie können den Text in Kürze auf unserer Website nachlesen.

Wie seit Jahren hat der BFW mehrmals jährlich E-Mail-Rundschreiben (im Mai 2010 die 15., im Juni die 16. Nummer) an alle Berliner Schulen und Schulverwaltungen versendet - also an über 1000 Adressen -, in denen auf unsere Online-Zeitschrift und auf Veranstaltungen hingewiesen wurde.

Am 17. Juni 2010 beteiligte sich der BFW am „Forum Freiheit“ in Berlin, einer Kooperationsveranstaltung, die der Freiheit im Bildungs- und Gesundheitswesen gewidmet war. Eines der einleitenden Statements gab der FDP-Generalsekretär Dr. Christian Lindner ab. Professor Gerd Habermann forderte in seinem Referat mehr Freiheit im deutschen Bildungswesen. Professor Kurt Reinschke, einer der drei Vorsitzenden des BFW, hielt einen Vortrag über die Universitäten im Zeichen des Bologna-Prozesses. Horst Hennert sprach über den „Kampf um die Privatschule“. Das vollständige Programm und der Referatstext von Kurt Reinschke stehen auf unserer Website. Weitere Kooperationsveranstaltungen sind mit der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach geplant; wir werden Sie rechtzeitig informieren. Nach dem Erfolg des Regionaltreffens

Nordrhein-Westfalen 2009 erwägen wir, auch 2010 das eine oder andere solche Treffen zu organisieren.

Auf der im Dezember 2009 beschlossenen außerordentlichen Mitgliederversammlung des Bundes Freiheit der Wissenschaft am 26. März 2010 in Berlin wurde vor allem über die Lage des Vereins und das künftige Arbeitskonzept gesprochen. Die Umstellung auf die Arbeit ohne Geschäftsstelle und gedruckte Zeitschrift ist abgeschlossen. Die Reaktionen der Mitglieder auf die Änderungen sind weit überwiegend positiv. Die Arbeit im Jahr 2010 erscheint, im bescheideneren neuen Rahmen der Ausgaben, als finanziell gesichert. Der Vorstand verteilte eine Vorlage zum Arbeitskonzept, zu dem die Mitglieder ergänzende Vorschläge beitragen. Einige ausgewählte Punkte in Kurzfassung: Die Website wird weiter ausgebaut. „*freiheit der wissenschaft online*“ („*fdw online*“, „*webfdw*“) soll 2010 mindestens mit insgesamt vier Nummern erscheinen; Mitglieder und Interessenten erhalten dazu jeweils Rundmails mit knappen Inhaltsangaben (inzwischen sind die ersten beiden Nummern erschienen). Von Zeit zu Zeit sollen gedruckte Rundschreiben (wie das vorliegende) mit Auszügen aus „*freiheit der wissenschaft online*“ an alle Mitglieder und ausgewählte Interessenten verschickt werden. Sie dienen vor allem als Nachrichtenblatt für Mitglieder ohne Internetanschluß. Außerdem wurde über das oben skizzierte Veranstaltungsprogramm und über Einzelfragen wie die Ausweitung des Interessentenkreises und die Aktionsbündnisse gesprochen. Es ist auch notwendig, wieder einmal über das aktuelle Selbstverständnis und eine Aktualisierung des Programms des BFW nachzudenken: Was bedeutet Freiheit der Wissenschaft im 21. Jahrhundert? ■

Schule

Neben der Schulstrukturdebatte hat aktuell in der Schulpolitik auch die „Mißbrauchsdiskussion“ Schlagzeilen gemacht. Wir veröffentlichen dazu einen Essay von Michael Felten.

Pädagogischer Mehltau

Kaum ein Thema ist so dem Zeitgeist unterworfen wie die Bildung. Wer gegen den Mainstream ist, sieht

sich einem Kartell des Schweigens gegenübergestellt, das besser wirkt als jede Zensur

Ich bin Lehrer. Seit beinahe 30 Jahren, immer noch gerne. Mit einem habe ich allerdings immer gehadert: daß die Medien so wenig darüber berichten, was in der Schule wirklich funktioniert – und woran es ihr wirklich fehlt. Als würden in den Redaktionen lauter Leute sitzen, die reflexhaft „Schule anders denken“ müßten. Warum etwa wird das bayerische Schulwesen bis heute als bildungspolitischer Buhmann gehandelt? Seine Schüler (auch die an Hauptschulen) erzielten doch in allen Vergleichsstudien beste Ergebnisse! Oder warum wurden die Erfolge Finnlands umstandslos dem Konto Gesamtschule gutgeschrieben – hat dies nicht eher mit der dort besseren Lehrerquote zu tun und dem selbstverständlichen Direct Teaching (hierzulande gerne als Frontalunterricht geschmäht)?

Nun ließ mich der Widerspruch von veröffentlichter Meinung und tatsächlichen Verhältnissen weder müde noch zynisch werden. Ich habe Leserbriefe geschickt, Artikel verfaßt, Bücher geschrieben – Fragezeichen an das offizielle Schwärmen von offenem Unterricht, von eigenverantwortlichem Lernen, von selbstständiger Schule, eben: an die heiligen Kühe des pädagogischen Zeitgeistes. Meine Überlegungen stießen durchaus auf Interesse: Bücher erschienen in mehreren Auflagen, Funkfeatures wurden wiederholt ausgestrahlt. Allerdings erwiesen sich einige Medien für derlei Gedanken als schier unzugänglich. Mal wies eine Zeitung ein Manuskript „aus redaktionellen Gründen“ zurück, mal wurde ein zunächst „hochinteressantes“ Buchexposé zur Lehrerrolle plötzlich „aus Programmgründen“ nicht weiterverfolgt.

Heute verstehe ich dieses selektive Beschweigen pädagogischer Positionen besser. Soeben erleben wir, wie sich ein besonders unappetitlicher Mantel des Schweigens hebt. Immerhin zwölf Jahre lang wurde ja keinerlei Aufhebens um die – ebenso erstaunlichen wie erschreckenden – „Knabenopfer“ (Susanne Mayer) an der Odenwaldschule gemacht. Klar: Man wollte weder Säulenheilige noch Vorzeiganstalten der Reformpädagogik verlieren. Jetzt aber, im Umfeld eines Jubiläums, vermutlich erleichtert durch den katholischen Parallelskandal, nicht zuletzt angesichts

strafrechtlicher Verjährung, brach eine verjüngte Redakteursgeneration das Tabu. Und plötzlich sind alle fassungslos: über die Vorgänge selbst, über die Diskrepanz von schönen Worten und gräßlichem Handeln, über die halbherzige Stellungnahme prominenter maßstablicher Mitwisser. Einmal abgesehen davon, daß derlei Internatsfummelei unmöglich wäre, würden Familien ihre mißratenen, lästigen oder zu besonderer Zucht ausersehenen Sprößlinge nicht in fremde Hände abschieben: Wo bleibt eigentlich das Befremden über die Medien, die das Thema allesamt wie eine heiße Kartoffel fallen ließen, als die „Frankfurter Rundschau“ den Skandal erstmalig aufdeckte? Kollektive Selbstzensur, natürlich der feinen idealistischen Art? Anscheinend läßt sich auch auf seiten der progressiv gesinnten Geistes- und Medienelite – von Ralf Dahrendorf bereits 1997 als „protestantische Mafia“ bezeichnet – allerlei unter dem Teppich halten. Zur Not eine halbe Generation lang.

Anderes wurde erheblich länger ausgeblendet, nämlich unerwünschte Stimmen zur Bildungspolitik. Von diesem inhaltlichen Tabu ist indes noch kaum die Rede gewesen – dabei hatte es breitere gesellschaftliche Folgen als die teils persönlich, teils ideologisch bedingten sexuellen Verirrungen an Reforminternaten. Gerold Becker gehört ja zu einem Kreis von Pädagogen, die die gesamte Bildungspolitik der Bundesrepublik seit den Sechzigerjahren ebenso maßgeblich wie ambivalent beeinflußt haben. Intellektuelle wie Georg Picht, Hellmut Becker oder Hartmut von Hentig machten einerseits die – nach Kaiserzeit und NS-Drill so notwendige – einfühlsame Sicht auf den Schüler weiterhin salonfähig. Gleichzeitig bekamen ihre weitergehenden, teilweise schulsystemischen Bildungsvisionen aber auch etwas Sakrosanktes – die Gesamtschulidee, die Nivellierung in Sachen Leistung, die Relativierung des Pädagogischen. Eine Art antipädagogischer Mehltau legte sich über die Redaktionsstuben des Landes: Studien über Gesamtschulprobleme blieben in der Schublade, Modellschulen mit Spezialklientel wurden euphorisch gepriesen. Und diese Versteinerung im Gutgemeinten hat das Schulwesen mindestens ebenso beeinflußt wie die Auswirkungen neuer Medien oder die Besonderheiten hiesiger Migranten.

Was ist denn zwischenzeitlich aus dem geworden,

was man früher einmal Schulmeister nannte? Ein meist freundlicher, aber in seinem Anspruch auch erheblich verunsicherter Kinderbegleiter. Nur verschämt pocht er auf Lerndisziplin, nur halbherzig kontrolliert er die Hausaufgaben, gerne greift er zu lenkungsarmen Arbeitsformen. Dabei kann eigenverantwortliches Lernen schnell problematisch werden – wenn es nämlich gerade diejenigen überfordert, die es mündiger machen sollte. Reformpädagogik, das war eine wichtige Orientierung auf das Kind hin; sie barg aber immer auch die Gefahr, auf dessen geistigem Niveau stehen zu bleiben – oder aber es entwicklungspsychologisch zu überschätzen. Auch das Jahr des Kindes war eben nicht vor der Logik des Mißlingens (Dietrich Dörner) gefeit.

Einer der wenigen, die dieses Paradoxon schon früh angemahnt haben, war Hermann Giesecke. Als linker Erziehungswissenschaftler konnte er 1996 zwar problemlos ein Buch publizieren, das Eltern an die Erziehung erinnern und Lehrern das Unterrichten wieder stärker ans Herz legen wollte. Aber prompt wehrte ein namhaftes Autorenkollektiv von Gerold Becker bis Hartmut von Hentig dies mit akademischer Häme ab. Interessant ist, was die Kontrahenten neben dem Argument unterschied: ihre Herkunft. Während die reformpädagogischen Galionsfiguren vordemokratischen Eliten entstammten, war Giesecke eben ein „Kind armer Leute“. Er hatte auch als Akademiker nicht den Blick dafür verloren, was Unterschichtkindern wirklich hilft, ihr Milieu zu überwinden – nämlich harte Arbeit an sich selbst.

Nun hätte die selbst erklärte Bildungselite sich nicht so ungeniert austoben können, wäre ihr nicht dreierlei entgegengekommen: Zum einen hat Pädagogik mit verzögerter Wahrnehmung von Problemen zu tun. Was heute als Vision Anklang findet, offenbart sein Scheitern erst Jahrzehnte später. Zum anderen ist das Schulwesen enorm hierarchisch organisiert. Hat sich eine fixe Idee wie die vom Selbstlernen erst einmal dort festgesetzt, dann werden eben nur lehrerarme Referendarsstunden gut beurteilt, werden angepaßte Junglehrer ohne große Praxis zu Ausbildern gekürt, werden funktionierende Kollegien in zweifelhafte Fortbildungen gedrängt. Und dort geben sich auch erfahrene Lehrer – obwohl meist verbeamtet – nur selten

selbstbewußt: Man nickt das neue Schulprogramm ab, weil man heim an den Schreibtisch muß. So mausern sich pädagogische Illusionen allmählich zu schulischen Realitäten.

Nicht die Reformpädagogik als solche erscheint heute beschädigt, sondern der Selbstanspruch einer ergrauten Elite auf Liberalität – auch sie hat sich als recht geschlossene Societas, als Bildungskirche entpuppt. Mag Hartmut von Hentig die ihm verbundene „Zeit“ als „unermüdlichen Dialogstifter“ gerühmt haben - in Schulfragen konnte dort von einer „Explosion der Wahrheit“ (Zola) häufig keine Rede sein, eher von einer Verpuppung im Wohlklingenden. Derzeit wird in Bildungsfragen wieder offener debattiert. Gleichwohl ist Wachsamkeit geboten: Denn schon schlägt das Pendel ins andere Extrem um, beschert uns die Ökonomisierung des Schulischen neue gedankliche Engführungen – und macht es notwendig, den weichen Blick auf das Kind mit Verve zu verteidigen.

Ob das Internet künftig eine Pluralisierung der Debattenkultur befördern wird, bleibt abzuwarten. Jede Zeit hat eben auch ihre eigenen bildungspolitischen Tabuthemen und ihr „Kartell des Schweigens“. Aktuelles Beispiel: die Mythen der Krippenfrage. Wer heute einen Artikel zu den üblen Bildungsfolgen verfrühter Fremdbetreuung veröffentlichen möchte, sollte sich warm anziehen – und braucht langen Atem. Ein solcher Beitrag müßte ja zunächst Gnade finden – bei einer Redakteurin, die nicht zu viel Karrierezeit zu Hause verplempern will; oder bei ihrem Kollegen, der nicht als frauenfeindlich gelten mag. Gegen Zensur ließe sich kämpfen – die Schranken des Zeitgeistes indes wirken vielfach unsichtbar.

Dieser Artikel erschien auch in der Tageszeitung „Die Welt“.

Der Autor unterrichtet seit 28 Jahren an einem Kölner Gymnasium Mathematik und Kunst. Sein jüngstes Buch trägt den Titel: „Auf die Lehrer kommt es an! Für eine Rückkehr der Pädagogik in die Schule“, Gütersloher Verlagshaus, 2009. Eine Rezension stand in der Aprilausgabe von „freiheit der wissenschaft online“.

Mehr über den Autor, seine Bücher und seine pädagogischen Überzeugungen finden Interessierte auf der vom Autor unterhaltenen Website: www.eltern-lehrer-fragen.de. ■



Josef Kraus mahnt „pädagogischen Takt“ an.

In einem Vortrag bei Radio Berlin/Brandenburg (gedruckt in der Aprilausgabe von „freiheit der wissenschaft online“) über „Nähe und Distanz in der Erziehung“ fragte Josef Kraus, der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes:

„Welche Maßstäbe brauchen wir?“

Er beantwortete die Frage folgendermaßen:
Der erste Maßstab muß heißen: Die Würde des jeweils anderen, ganz besonders die Würde des unreifen Mitmenschen, ist zu achten. Mit Schutzbefohlenen ist wertschätzend umzugehen.

Der andere Maßstab heißt: In Erziehung und Bildung muß es Abstände geben – in der Familie weniger, in Bildungsinstitutionen mehr! Erziehung und Bildung können nicht „auf einer Augenhöhe“ stattfinden.

Abstand heißt dabei nicht, daß Erziehung und Bildung in einem sterilen, antiseptischen Klima stattzufinden hätten. Einem jungen Menschen nah zu sein, das heißt aber – zumal außerhalb der Familie – nie und nimmer, ihm körperlich nahe zu kommen, sondern es heißt, aus der überzeugenden Autorität des Erwachsenen heraus Orientierung und Empathie vorzuleben. Letzteres aber setzt eine zugleich souveräne und einfühlende, niemals eine kühle oder gar überhebliche Distanz voraus.

In der älteren und noch lange nicht überholten Pädagogik hieß das einmal „pädagogischer Takt“. Pädagogischer Takt – dieser Begriff ist 1802 von Johann Friedrich Herbart in die Pädagogik eingeführt worden. Er, Herbart, hat den Pädagogischen Takt sogar als das größte Kleinod der Erziehungs-

kunst bezeichnet. Zuvor schon hatte Voltaire den Takt nicht mehr nur als Begriff der Musik verwendet, sondern auch als Begriff für das Feingefühl im zwischenmenschlichen Umgang und für den Respekt vor der letzten Unnahbarkeit des anderen. Auf Pädagogischen Takt gewendet, heißt das: Distanz wahren in Achtung der Integrität des Kindes.

Interessierte finden den ganzen Vortrag auf der Website des BFW in „freiheit der wissenschaft online“, Nr. 2. ■

Oberschulrat a.D. Gerhard Schmid



Bitteres Fazit

Berlin. Abschied ohne Wehmut - Gerhard Schmid geht in Pension.

Anlässlich seines 65. Geburtstags am 15. Juni 2010 und seiner Pensionierung aus der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin gab der Regionalbeauftragte für Berlin und Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft, Gerhard Schmid, folgende Abschiedserklärung zur Situation der Berliner Schule ab:

„Die Berliner Schule leidet unter der geringen Professionalität und an einem zu geringen Engagement der Beteiligten. Im Ergebnis ist die Berliner Schule ziemlich erfolglos in der Vermittlung von Wissen und Können, von Werten und Tugenden, also beim Lehren und Erziehen. Die Schülerinnen und Schüler werden unzureichend auf das Berufsleben oder das Studium vorbereitet.

Da hilft es auch nicht, noch mehr Geld in die Bildung zu pumpen!

Als Antwort auf die Erfolglosigkeit jagt eine äußere Reform die andere - jede für sich ebenfalls meist erfolglos. Innere Reformen bleiben auf der Strecke, wie z.B. die Verbesserung der Unterrichts- und Erziehungsqualität. Das liegt auch an der großen Abhängigkeit der Schul-

aufsicht und der Schulen von der aktuellen Tagespolitik und ihren ständigen Windungen seit dem neuen Schulgesetz im Jahre 2004.

So wird auch die jüngste Schulstrukturreform mit der Abschaffung der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zugunsten eines zweigliedrigen Schulsystems mit Sekundarschule und Gymnasium im Schulchaos für die meisten Sekundarschulen enden und werden die Gymnasien wegen Überfüllung und einer `falschen` Schülerschaft ihren Bildungsauftrag nicht erfüllen können.“

Herrn Oberschulrat a. D. Gerhard Schmid begleiten viele gute Wünsche in den Ruhestand. Dem Berliner Schulwesen wird seine kritische Stimme fehlen. Wir hoffen auch künftig auf seinen nachhaltigen Einsatz für ein begabungsgerechtes, leistungsorientiertes und humanes Schulsystem als Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft. ■

Marius Reiser stellt grundsätzliche Fragen



Hochschule

In der Hochschulpolitik werden viele Themen kontrovers diskutiert.

Neben technokratischen Fragen der Studienstruktur müssen endlich auch die grundsätzlichen Fragen nach der Idee der Universität und ihrer originären Zielsetzung wieder stärker in den Blick gerückt werden.

Eine Einführung in diese wichtige Thematik bietet Marius Reisers im Frühjahr erschienene Streitschrift: „Bologna: Anfang und Ende der Universität“.

Der Vorsitzende des BFW, Professor Dr. Kurt Reinschke, hat zu diesem Buch die folgende Rezension verfaßt:

„Der Autor Marius Reiser (geb. 1954), der 1991 dem Ruf auf eine Professur für Neues Testament am Fachbereich Katholische Theologie der Universität Mainz gefolgt war, gab seine Professur im Frühjahr 2009 an das Rheinland-Pfälzische Wissenschaftsminis-

terium zurück, um ein persönliches Zeugnis gegen den sogenannten Bologna-Prozeß abzulegen.

Der Essay ist in zehn, etwa gleich lange Kapitel gegliedert.

1. Eingestimmt mit einer Parodie auf die biblische Weihnachtsgeschichte erfährt der Leser viel Wissenswertes über die Genese des Bologna-Prozesses. Der Autor untermauert die Fakten mit zahlreichen Hinweisen auf weiterführende Literatur, in denen der angeblich unumkehrbare, durch nichts aufzuhaltende Bologna-Prozeß in Frage gestellt und die demokratisch nicht legitimierten Initiatoren der begonnenen Revolution des deutschen Hochschulwesens entlarvt werden.

2. Grundstürzende Veränderungen wurden den Universitäten abverlangt, und zwar noch bevor überzeugende konzeptionelle Vorstellungen entwickelt, im Modell erprobt und die Konsequenzen im öffentlichen Diskurs erwogen worden waren. Hybris, Ignoranz und Verantwortungslosigkeit der Umstürzler bestimmten ihr Handeln, geblendet und verführt von der Wahnidee „Siehe, wir machen alles neu!“ – das Ziel des Studiums, die Struktur des Studiums, die Studienabschlüsse, die Struktur der Hochschulverwaltung.

3. Hinter dem „Bekanntnis zur Bologna-Reform“, das die Betreiber des Umsturzes, die wie Priester eines neuen Kults agieren, beseelt, nimmt Marius Reiser den „heilige Gral in Gestalt des Nürnberger Trichters“ wahr. Eine Standardisierung auf niedrigem Niveau wird die unausbleibliche Folge sein.

Das aber ist die Hauptgefahr für die Kultur und die intellektuelle Freiheit Europas, was der Brite Gilbert Keith Chesterton schon 1927 in aller Klarheit prognostizierte.

4. Jede menschliche Kultur beginnt mit Sprache, und unsere Sprache verrät uns!
Reiser analysiert die nebelschwadenartige Ausdrucksweise der Bologna-Dokumente im Sinne von George Orwells „Newspeak“ und „Doublethink“. Eingehend erläutert werden die begrifflichen Umdeutungen der Wortinhalte von „Reform“, „Freiheit“, „Autonomie“, „Exzellenz“, „lebenslanges Lernen“, „Wissen“ und „Wissenschaft“.

5. Geld regiert die Welt! Der Bologna-Prozeß zielt auf eine Ausrichtung der Universitäten auf die An- und Herausforderungen des Marktes. Weg vom Bildungsauftrag des Staates, hin zur Orientierung an Kundenwünschen. Das marktorientierte Bildungssystem geht von einem Bild des Menschen aus, welches ihn zum „Humankapital“ erniedrigt. Reiser begründet, daß dieses primitive Menschenbild nicht nur mit dem christlichen unvereinbar ist, sondern auch hinter die vorchristliche Antike zurückfällt.

6. Was ist der Mensch? Reiser erinnert an die antiken Sophisten, die nutzbare Kenntnisse als Weg zum Erfolg feilboten, und an Platons Bild des Menschen als eines Wahrheitssuchers, das in seiner Vernunftnatur angelegt ist. Bei Humboldt kommt die personale Freiheit des Individuums hinzu, die seine Würde, d.h. nach traditionell christlicher Auffassung seine Gottesebenbildlichkeit, begründet. Die Bologna-Befürworter setzen die sophistische Tradition fort.

7. Von Platon zu Humboldt. Dem platonischen Vorbild folgend steht in Humboldts Universitätskonzept nicht die Nützlichkeit einer soliden Berufsausbildung im Vordergrund, sondern das zweckfreie gemeinsame Forschen von Lehrenden und Lernenden in Muße und Geselligkeit, in der der Einzelne in persönlicher Freiheit sein Wesen entfalten und seine Welterfahrung klären kann.

8. John Henry Newmans Universitätskonzept – in Deutschland wenig bekannt – wird dankenswerterweise recht ausführlich behandelt. Newmans Universität ist der Hort der „intellectual culture“, zu deutsch: der Geisteskultur. Nicht um Wissensvermittlung – wie es auf den Schulen aller Art notwendig und geboten ist – gehe es, sondern um Geistesbildung, die zum Erkennen von Gründen und Zusammenhängen befähigt. Die Wahrheitssuche liefere das einigende Band für die verschiedenen universitären Disziplinen. Eine Universität dürfe nicht als Ausbildungsstätte für die unterschiedlichen Berufe konzipiert werden, nicht eine Vereinigung von Berufsfachschulen sein, nicht den volkswirtschaftlichen Nutzen zu ihrer Devise machen. – In heutiger Perspektive: Die Bologna-Prozeß-Protagonisten streben solche Ausbildungsstätten an, die Newman als Gegenmodell zu seinem Universitätskonzept beschreibt.

9. Die klassische Erkenntnis „Universitas semper reformanda“ hat nichts an Aktualität verloren, doch vonnöten ist eine ‚Re-Formation‘ der Universität im Geiste einer Rückbesinnung auf und Orientierung an ihrer eigentlichen „Aufgabe, die Wahrheit in der Gemeinschaft von Forschern und Studenten zu suchen“ (Karl Jaspers). Dazu macht Reiser konkrete Vorschläge, insbesondere

- a) weniger Universitätsstudenten und bessere universitäre Studierfähigkeit
- b) gute Allgemeinbildung, insbesondere Spracheroziehung
- c) Rücknahme aller Bologna-Maßnahmen (Zielvereinbarungen, Hochschulräte, Akkreditierungswesen, Zwangsmodularisierungen)
- d) Wiederherstellung der tradierten akademischen Selbstverwaltung.

Falls das nicht möglich ist, sollte man auf die Bezeichnung „Universität“ künftig ganz verzichten.

10. Unter der Überschrift „Einigkeit und Recht und Freiheit“ beklagt der Autor das Versagen der deutschen Universitätsprofessoren, die in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht genügend Mut gezeigt haben, um die im deutschen Grundgesetz, Art. 5 (3), verbürgten Freiheitsrechte von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre zu verteidigen. Ein paar von den wenigen Kollegen, die nicht uninteressiert oder feige geschwiegen haben, werden genannt.

Schließlich wird der Papst mit seiner Rede vor Akademikern auf der Prager Burg am 27. Sept. 2009 zitiert: „...Das Konzept einer integralen Bildung, die auf der Einheit des auf der Wahrheit gegründeten Wissens basiert, muß wiedergewonnen werden. Es dient als Gegengewicht zu der in der heutigen Gesellschaft so augenscheinlichen Tendenz zur Fragmentierung des Wissens.

Die massive Zunahme von Information und Technologie bringt die Versuchung mit sich, die Vernunft vom Streben nach Wahrheit loszulösen. Abgetrennt von der grundlegenden menschlichen Ausrichtung auf die Wahrheit, beginnt die Vernunft jedoch, die Richtung zu verlieren...“

Das Buch schildert auf überzeugende Weise in sprachlich geschliffener Form die heutige Misere der deutschen Universitäten. Die gut belegten historischen

Bezüge lassen die revolutionäre Tendenz des sogenannten Bologna-Prozesses deutlich erkennen. Reisers Essay sollte zur Pflichtlektüre für jeden werden, dem das Schicksal der deutschen Universitäten nicht gleichgültig ist.

Marius Reiser, Bologna: Anfang und Ende der Universität. Verlag des Deutschen Hochschulverbandes, 2010, 160 Seiten, 14,90 Euro. ISBN 978-3-924066-92-5 ■

**DHV-Präsident
Bernhard Kempen
unterstreicht
Notwendigkeit
des nationalen
Stipendienfonds**



Aufbau eines tragenden und ergiebigen Stipendienwesens gefordert

In einem Statement zur Bildungsfinanzierung wirft der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes (DHV) auch die Frage des Stipendienwesens auf. Er unterstützt das nationale Stipendienprogramm. Seine Forderungen stimmen mit denen überein, die der Bund Freiheit der Wissenschaft seit Jahren vorträgt.

Die Erklärung des Deutschen Hochschulverbandes im Wortlaut:

Bonn, 08. Juni 2010

Vor dem sogenannten Bildungsgipfel hat DHV-Präsident Kempen Bund und Länder aufgefordert, von den im Grundsatz beschlossenen höheren Bildungsausgaben keine Abstriche zu machen. „Es hat Jahrzehnte gedauert, um die Erkenntnis, daß die Zukunft Deutschlands vor allem von seinem Bildungssystem und seiner Finanzierung abhängt, in konkrete Politik umzuwandeln. Mit der Ausrufung der ‚Bildungsrepublik Deutschland‘ als prioritäres Politikziel und der deutlichen Erhöhung der Finanzmittel für Bildung und Forschung ist Deutschland endlich auf dem richtigen Weg.“ „Kleinmut und faule politische Kompromisse dürfen uns von diesem Weg nicht abbringen“, erklärte Kempen. Je notwendiger in Bund und Ländern Spar-

haushalte würden, desto wichtiger seien die Erhöhungen der Bildungsausgaben. „Am Ziel, 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis 2015 für Bildung und Forschung zu verwenden, darf es keine Abstriche geben“, erklärte Kempen.

Der DHV-Präsident sprach sich auch für die dringend notwendige Erhöhung des BAFöG aus und unterstrich Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit des vom Bund geplanten nationalen Stipendienfonds. „Das ist ein hervorragendes Projekt, dessen Vorteile bislang nicht ausreichend erkannt und dessen Probleme bislang überbewertet wurden“, so Kempen. Der nationale Stipendienfonds berge ein immenses Fundraising-Potential und wirke sich beflügelnd auf die Alumnikultur der Hochschulen aus. Entscheidend sei aber, daß in Deutschland endlich in die im internationalen Vergleich erschreckend geringe Stipendienquote Bewegung komme.

Den von Länderseite bislang erhobenen Bedenken könne durch eine geschickte Gestaltung des Programms Rechnung getragen werden. Eine aktuelle Studie der „Stiftung Stipendienfonds OWL“* zeige modellhaft, daß ein Stipendienprogramm nicht zwangsläufig zu dem Ergebnis führen müsse, vornehmlich Akademikerkinder zu fördern. 57 Prozent der OWL-Stipendien seien an Studierende vergeben worden, deren Eltern keine akademische Bildung hatten. Der Einwand, daß die einzelnen Hochschulen je nach Standort unterschiedlich erfolgreich seien, den Komplementäranteil des Stipendiums einzuwerben, müsse als Auftrag verstanden werden, ein „individuell gestricktes“ Programm zu entwerfen. „Nirgendwo steht geschrieben, daß eine hälftige Finanzierung der Stipendien flächendeckend für alle Länder und Hochschulstandorte in Deutschland gelten muß“, erklärte Kempen abschließend.

* Eine Initiative der fünf staatlichen Hochschulen Ostwestfalen-Lippe (Red.) ■

Bitte vormerken!

Ein herausragender Termin für die Mitglieder des Bundes Freiheit der Wissenschaft

40 Jahre Bund Freiheit der Wissenschaft — Erinnerung und Ausblick

Anlässlich des 40jährigen Bestehens des Bundes Freiheit der Wissenschaft findet in St. Augustin bei Bonn am Buß- und Betttag dieses Jahres, am Mittwoch, dem 17. November 2010, ein Bildungspolitisches Forum statt mit dem Thema:

„Die Zukunft unserer Bildungseinrichtungen“

Eine besondere Einladung mit Programm und Mitwirkenden wird rechtzeitig zugestellt.

Impressum

Herausgeber: Bund Freiheit der Wissenschaft

Redaktion: Dr. Winfried Holzappel

Kontakt:

Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.

Postfach 080 517

10005 Berlin

Telefon (030) 204 547 04

Telefax (030) 204 547 06

e-mail: bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de

Beitrags- und Spendenkonto:

Deutsche Bank AG, Bonn

BLZ 380 700 24 Kto. 0233858

Internetauftritt:

<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>